



| Vorstand

Entwurf des 3. Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung



Ausmaß

- ➔ Das Armutsrisiko ist in Deutschland im Berichtszeitraum (2002 – 2005) insgesamt gestiegen. Neben Langzeitarbeitslosigkeit und schwacher wirtschaftlicher Entwicklung trug der Abbau von Sozialleistungen zu diesem Anstieg bei.
- ➔ Der Ausgleich durch Sozialtransfers federte einen großen Teil des Armutsrisikos ab, dennoch ist die Armutsquote deutlich zweistellig.
- ➔ Nach EU-SILC (EU-Erhebung) stieg das Armutsrisiko (Armutsquote) zwischen 2004 und 2005 von 23 auf 26 %. Durch Sozialtransfers wurde die Armutsquote auf 12 bzw. 13 % (2005) abgesenkt.
- ➔ Bei der zweiten Datenbasis (Sozioökonomisches Panel/DIW) liegt die Armutsquote vor Sozialtransfers auf gleichem Niveau, die ausgewiesene Quote nach Sozialtransfers liegt höher (2005: 18 %).



Strukturen

- ➔ Erwerbstätigkeit reduziert das Armutsrisiko, beseitigt es aber nicht. 12 % der Erwerbstätigen galten in 2005 als arm (DIW, gesamt: 25 %). Ursachen: Zunahme des Niedriglohnsektors, also ungesicherter und schlecht bezahlter Erwerbsarbeit.
- ➔ Je geringer die formale Bildung, desto höher das Armutsrisiko. 15 % der Bevölkerung bleiben dauerhaft ohne abgeschlossene Berufsausbildung.
- ➔ Alleinerziehende (36 %) und Kinder mit Migrationshintergrund (33 %) haben ein besonders hohes Armutsrisiko.



Arbeitsmärkte in Ordnung bringen

- ➔ Strategien im Kampf gegen die Armut müssen an der Erwerbsarbeit ansetzen.
- ➔ Der fortschreitenden Prekarisierung von Arbeit muss Einhalt geboten werden (Reregulierung des Arbeitsmarktes [Stichworte: Mini- und Midijobs, Leiharbeit], Neuausrichtung der Arbeitsmarktpolitik in Richtung Qualifizierung).
- ➔ Regulierung der Leiharbeit, u.a. Durchsetzung des Equal-Pay- und Equal-Treatment-Prinzips und Wiedereinführung des Synchronisationsverbotes.
- ➔ Tarifliche und gesetzliche Mindestlöhne.
- ➔ Bessere Vereinbarkeit von Kindererziehung und Berufstätigkeit.



Gerechte und gute Bildung

- ➔ Die soziale Selektion über das Bildungssystem muss überwunden werden.
- ➔ Betreuungsangebote für kleinere Kinder ausbauen.
- ➔ Eine „Gute Schule für Alle“ einführen.
- ➔ Insgesamt: mehr Investitionen in alle Bildungsbereiche.



Soziale Verpflichtung von Eigentum ausweiten

- ➔ Der Anteil der Einkommensreichen ist auf 6 % (EU-SILC) bzw. 9 % (DIW) gestiegen.
- ➔ Die Vermögenskonzentration bei den obersten zehn Prozent hat zugenommen (56 % im Jahr 2002).
- ➔ Reichtum (Vermögen und Erbschaften) muss stärker zur Finanzierung der gesellschaftlichen Aufgaben herangezogen werden.
Die IG Metall fordert die Wiedereinführung einer Vermögensteuer und die Erhöhung der Erbschaftssteuer.



Ausgleichende Funktion der Sozialpolitik stärken

- ➔ Veränderung der Zumutbarkeitsregelungen.
- ➔ Erhöhung der Regelsätze bei Grundsicherungssystemen (z.B. ALG II).